

THURGAUER FREISINN

Anpacken, umsetzen!

Unsere nächste
Mitgliederversammlung
mit Parolenfassungen:

4. Januar 2022
Fokus «Medien»



Unsere Grossratspräsidentin, Brigitte Kaufmann, wird in Uttwil empfangen.

Geschätzte Freisinnige

Mehr Symbolik geht kaum. Die FDP.Die Liberalen Thurgau zeigt Farbe. Das ist nicht nur an der Wahlfeier für unsere Grossratspräsidentin aufgefallen, sondern auch im politischen Alltag. In Zeiten, in denen Schwarz-Weiss-Denken offenbar im Trend liegt, zeigt die FDP weiterhin Augenmass und Umsichtigkeit.

Unsere Fraktion war wieder mit verschiedenen Vorstössen spürbar. Die Themen waren dabei so breit wie unsere Mitgliederstruktur. Gleichzeitig haben sich die Freisinnigen (leider erfolglos) gegen die Einführung einer Fragestunde im Grossen Rat eingesetzt. Unter der Einführung dieses Instruments leiden die Effizienz und die Qualität im Ratsbetrieb, zunehmen wird hingegen die Selbstinszenierung.

Spannend werden dürfte auch die Budgetberatung im Dezember. Im ausgeglichenen Budget des Kantons ist zwar eine Steuerfussenkung von 5% eingerechnet, was der FDP aber zu wenig weit geht. Unsere Forderung nach einer rekordhohen Senkung von 10% ist tragbar, schiebt der Kanton doch eine halbe Milliarde Franken vor sich her.

Interessant wird auch der nächste Abstimmungssonntag. Insbesondere die Änderung des Covid-19-Gesetzes verspricht Spannung. Geht es doch dabei um nicht weniger als den Erhalt unserer zurückgewonnen (Bewegungs-)Freiheit. Deshalb ist unsere Kantonalpartei auch hier in den kantonalen Kampagnen-Lead gestiegen.

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Acht Neugewählte ziehen Bilanz zur Legislatur-Halbzeit
- 14/15 Interview mit dem neuen Präsidenten Thierry Burkart
- 16 Vorschau auf die Wintersession
- 17 Beat Walti kämpft für das Covid-19-Gesetz
- 18 Gegenvorschlag schlägt Pflegeinitiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen: Suisse Frame
- 21 Gastbeitrag von Laura Bircher
- 23 Vermischtes



**Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!**



Den liberalen Aufbruch wagen Gemeinsam kämpfen wir für eine freisinnige Schweiz

Liebe Freisinnige

Seit meiner Wahl zum Präsidenten der FDP Schweiz haben mich zahlreiche Glückwünsche und positive Nachrichten erreicht. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinem Team die FDP in die Zukunft zu führen. Auf uns wartet eine herausfordernde Aufgabe, doch wir sind überzeugt: Die Schweiz braucht einen kompetenten, einen konstruktiven, einen starken Freisinn – heute mehr denn je! Wir wollen das liberale Feuer neu entfachen und unsere Vision einer freisinnigen Gesellschaft, einer freisinnigen Wirtschaft und eines freisinnigen Staates verteidigen.

Ja zum Covid-Gesetz

Durch die Corona-Pandemie wurden viele Freiheiten eingeschränkt. Mit der Impfung verfügen wir mittlerweile über ein wirksames Instrument zur Überwindung der Krise. Bis die Impfquote hoch genug ist, hilft das Covid-Zertifikat erneute Schliessungen zu verhindern. Die FDP hat sich deshalb klar für ein Ja zum Covid-Gesetz am 28. November ausgesprochen.

Unser Rechtssystem ist ein zentraler Pfeiler des Staates. Die Justizinitiative will das bewährte System auf den Kopf stellen und Bundesrichter im Losverfahren bestimmen. Die FDP lehnt diese Initiative ab, weil unsere Justiz keine Lotterie ist und die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter keineswegs gefährdet ist.

Die Pflegeinitiative nimmt hingegen ein begründetes Anliegen auf, sie geht allerdings zu weit. Die FDP unterstützt deshalb den Gegenvorschlag, der die meisten Elemente der Initiative aufnimmt und

bei einem Nein automatisch in Kraft tritt. Mehr zu den Abstimmungen vom 28. November lesen Sie auf den Seiten 17, 18 und 19.

Zwei starke Initiativen

Meine Vizes und ich wollen auch die Zukunft der Schweiz mit liberalen Lösungen gestalten. Gute Beispiele sind die Renteninitiative und die Initiative für die Individualbesteuerung der FDP Frauen. Beide Volksbegehren stehen für freisinnige Grundprinzipien: die Renteninitiative für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige und damit solide Finanzierung unserer Altersvorsorge und die Individualbesteuerunginitiative für die freie Lebensgestaltung, ohne staatliche Benachteiligung.

Es braucht alle Freisinnige

Mein Team und ich sind motiviert und überzeugt, hervorragend miteinander zu funktionieren. Selbstverständlich gehören aber alle Mandatsträgerinnen und -träger und liberal engagierten Personen über alle Stufen – vom Parteivorstand über die Fraktion und die Kantonalparteien bis hin in die Ortsparteien – zum Team FDP. Wir sind auf jede und jeden Einzelnen von Ihnen angewiesen, wenn sich das liberale Feuer, das in uns brennt, weiter ausbreiten soll – in den Städten, auf dem Land, in allen Teilen der Gesellschaft, in sämtlichen Sprachregionen. Lasst uns gemeinsam den liberalen Aufbruch wagen!

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Ja zum Covid-19-Gesetz

Nein zum Frontalangriff gegen die KMU

Die FDP Thurgau sagt deutlich Ja zum Covid-19-Gesetz. «Dank dem Zertifikat gewinnen wir zahlreiche Freiheiten zurück. Gleichzeitig definiert das Gesetz klare Leitplanken für die Pandemiebekämpfung des Bundesrates und regelt

die internationale Anerkennung der Zertifikate», erklärte Kantonsrätin Kristiane Vietze an der Mitgliederversammlung der FDP Thurgau in der Klinik St. Katharinental in Diessenhofen. Die Ja-Parole wurde mit (47:3) sehr deutlich gefasst.



Kantonsrätin Kristiane Vietze

Nein zur Pflegeinitiative

Ja zum indirekten Gegenvorschlag

«Zur Sicherung der Pflegequalität müssen wir deutlich mehr Pflegende ausbilden, Berufsausstiege verhindern, die Arbeitsbedingungen verbessern und den Pflegefachpersonen zusätzliche Kompetenzen geben», erklärte Sabir Semsî, Diplomierter Pflegefachmann HF. Bei Ablehnung der Pflegeinitiative tritt automatisch der Gegenvorschlag in Kraft, der viele Forderungen der Initiative aufgreift. 469 Millionen Franken will der Bund in die Bildung investieren. Allerdings müssen sich die Kantone mit dem gleichen Betrag beteiligen. Susan Danubio, Bereichsleiterin

Pflege und Betreuung, betonte: «Eine Milliarde in acht Jahren für die Ausbildung in höher qualifizierte Pflegefachpersonen schiesse am Ziel vorbei. Der Gegenvorschlag löse nicht die Probleme an der Front, warnte die Kreuzlingerin. Trotz flammender Voten der anwesenden Fachpersonen für die Pflegeinitiative und dringendem Handlungsbedarf sah die Mehrheit der FDP-Mitglieder Vorteile im sofort umsetzbaren Gegenvorschlag. Die Nein-Parole fiel mit 20 Ja zu 28 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen jedoch relativ knapp aus.



Sabir Semsî

Nein zur Justizinitiative

Demokratie statt Lotterie

Bei einer Annahme der Justizinitiative würden Bundesrichterinnen und Bundesrichter neu nicht mehr durch das Parlament, sondern durch ein Losverfahren gewählt und ihre Amtszeit würde automatisch fünf Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters enden. Kantonsrätin Michèle Strähl

Strähl, welche die Justizinitiative vorstellte, betonte, die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter sei schon heute sichergestellt und das bisherige System habe sich bewährt. Die Nein-Parole fiel einstimmig aus.



Kantonsrätin Michèle Strähl

Thurgau • Wie viel darf das Schweizer Gesundheitswesen kosten?

Hochkarätige Diskussionsrunde: Claudio Della Giacomina, Susan Danubio, Katharina Iseli, Dr. Alex Steinacher, Carlo Parolari, Sabir Sems (Moderator).



Grösste Herausforderung

zunehmend fehlende Eigenverantwortung

Demografische Entwicklung, fehlende Fachkräfte, zunehmende Vollkasko-Mentalität, ausbleibende Reformen: Die Herausforderungen im Gesundheitswesen sind gross. Darüber waren sich die fünf, in unterschiedlichen medizinischen Bereichen tätigen FDP-Persönlichkeiten auf dem Podium in der Klinik St. Katharinental in Diessenhofen einig.

Auf die Kernfrage von Moderator Sabir Sems «Wie viel Gesundheit leistet sich die Schweiz?» bestätigte Carlo Parolari, Verwaltungsratspräsident der Spital Thurgau AG: «Mit monatlich rund 800 Franken pro Einwohnerin und Einwohner leistet man sich das weltweit beste, aber auch teuerste Gesundheitssystem.» «Wir haben ein Mengen- und nicht ein Kostenproblem», fand Claudio Della Giacomina, Geschäftsführer ambulante Institutionen Clenia, Psychiatrische Privatklinikgruppe. Mitverantwortlich seien dafür die Alterung der Gesellschaft und bei vielen eine Vollkasko-Mentalität aufgrund der obligatorischen Grundversicherung.

Immense Bürokratie

Riesige Herausforderungen sieht Hausarzt Dr. Alex Steinacher in den sich schleichend verschlechterten Rahmenbedingungen und dem immensen Reformstau. «Es ist fast nicht mehr alles unter einen Hut zu bringen», bedauert der Präsident der Ärztesellschaft Thurgau. Susan Danubio, Bereichsleiterin Pflege und Betreuung im Alterszentrum Kreuzlingen, bekräftigt dies: «Hochkomplexe Abrechnungssysteme ziehen eine immense Bürokratie nach sich und binden immer mehr Ressourcen. Unsere Pflegekräfte können diesen Spagat nicht mehr stemmen.»

Viele steigen aus

Auch die Hebammen kämpfen mit einer dauernden Überbelastung. «Das Interesse für unseren Beruf ist da. Doch viele steigen schnell wieder aus. Für jene, die bleiben, wird die Belastung immer grösser», so Katharina Iseli, selbstständige Hebamme und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Hebammenverbandes.

Vier brennende Fragen an Claudio Della Giacomina, neuer Leiter der Arbeits- und Fachgruppe Gesundheit, Familie und Soziales, Gesellschaft.

Wo siehst du die Hauptprobleme? Das Schweizer Gesundheitswesen mit seinen 26 Einzelausführungen ist ein Flickenteppich (entgegen dem eigentlichen KVG-Gedanken und der DRG-Philosophie). Reformen dauern Jahrzehnte, münden oft in Sackgassen. Die Politik spricht immer von notwendigen Reformen, ändern tut sich aber nichts, oder wenn, dann nur sehr träge.

Weshalb dauern Reformen so lange? Ich sehe als Hauptgründe: • Viele Beteiligte mit vielen Partialinteressen, dies verhindert gemeinsame und effiziente Lösungsansätze. • Ungleichlange Spiesse von

privaten und öffentlich-rechtlichen Leistungserbringern. • Ein sehr träges und schwaches Bundesamt für Gesundheit, welches dringende Reformen abblockt und klar die Interessen der öffentlich-rechtlichen Leistungserbringern mit planwirtschaftlichen Lösungen vertritt. • Krankenkassen, die die Agenda des Bundesamtes für Gesundheit bestimmen.

Wo sollten wir den Hebel ansetzen? Wir müssen uns die Frage stellen, was können und wollen wir uns leisten. Mutig wäre es beispielsweise, den KVG-Katalog zu definieren, was genau in der Grundversicherung enthalten ist und was nicht. So würde auch eine inhaltliche Differenzierung zum VVG-Geschäft entstehen. Dies wäre ein urliberales Anliegen. Denn Fakt ist, wir haben kein Kosten-, sondern ein Mengenproblem.

Was können Bürgerinnen und Bürger direkt tun?

Einen hohen Stellenwert hat die Eigenverantwortung angesichts des zur Verfügung stehenden Leistungskatalogs in der Grundversicherung. Es gibt viele Personen, die per se schon mal den Anspruch erheben, bei jeder Bagatelle medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen – dies vor dem Hintergrund, ich zahle ja meine Prämien und die Leistung ist ja abgedeckt durch die Grundversicherung. Diese Vollkasko-Mentalität ist ein Haupttreiber der ganzen Problematik. Doch auch hier scheut sich die Politik, dies klar anzusprechen, und die Krankenkassen ziehen sich regelmässig aus der Verantwortung.

Text: Marie-Theres Brühwiler
Bild: Ruedi Hohl



Berufsbildung als Chance

FDP-Fraktion – aktiv – 3. Folge

Ein starker Werkplatz Thurgau, der Arbeitsplätze und Perspektiven schafft – mit attraktiven Rahmenbedingungen für bestehende und neue Unternehmen sowie einer gesunden, enkeltauglichen, familien- und wirtschaftsfreundlichen Steuer- und Generationenpolitik. Wir stellen erfolgreiche Vorstösse unserer Fraktionsmitglieder vor und fragen nach den Hintergründen.

Folge 3: Viktor Gschwend

Viktor Gschwend, deine Vorstösse sprechen ganz unterschiedliche Themen an? Meine Vorstösse bilden mein Leben ab.

Bildung? Ich bilde in meiner Gärtnerei seit 34 Jahren Lernende aus. Der Nachwuchs ist auch eine meiner Hauptaufgaben als Verbandspräsident von Jardin Suisse Thurgau. Dass auch Personen mit Beeinträchtigung in einem Beruf Fuss fassen und in ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden können, ist eine Herzensangelegenheit von mir. Das Beispiel von Lucian zeigt, was mit Geduld und Empathie möglich ist. – Das Schweizer Fernsehen hat ihn in unserem Betrieb begleitet. Trotzdem muss man Ausbildungen auch hinterfragen können. Meine Einfache Anfrage «Niederschwellige Berufsbildung – überholte Anforderlichkeit» brachte wichtige Antworten auf Fragen, die mich beschäftigten.

Muscheln? Die Quagga-Muschel stammt ursprünglich aus dem Schwarzmeerraum. Seit 2015 gibt es sie jedoch auch in der Schweiz. Sie kam vermutlich mit grossen Transportbooten den Rhein hinauf zu uns, als Larve im oder am Boot oder im Ballastwasser. Seither breitet sie sich rasant aus, da sie in unseren Gewässern keine natürlichen Feinde hat.

Vom Regierungsrat wollte ich deshalb wissen, ob und wie der Thurgau gegen diese Invasion vorbereitet ist. Unsere Natur ist mir nicht nur im Beruf sehr wichtig.

Familienergänzende Kinderbetreuung? In meiner Zeit als Gemeinderat in Egnach habe ich eine Kinderkrippe aufgebaut und diese dann auch während Jahren als Präsident des Vereins mitgeprägt. Diese wichtigen Erfahrungen bringe ich gerne im Kantonsrat ein. Jedoch eher mit weniger mit Vorstössen, sondern vielmehr mit Voten. Mit unserem Projekt auf dem Lande haben wir wohl einiges richtig gemacht. Die Angebote werden rege genutzt und fast alle der von mir vor zehn Jahren eingestellten Fachkräfte sind immer noch in der Kinderkrippe «Finkä-Zimmer» tätig.

Wem möchtest du die nächste Folge unserer Serie überlassen? Die von Cornelia Zecchinell und Anders Stokholm eingereichte Einfache Anfrage «Geht das Sozialunternehmen Brüggli zu weit?» bringt einen schwierigen Balanceakt ins Gespräch. Das Brüggli leistet hervorragende Arbeit. Auf dem freien Markt auftreten heisst aber auch, gleich lange Spiesse zu haben. Mehr im nächsten Freisinn.

Interview: Marie-Theres Brühwiler

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Wenn der Fraktionschef den Einsatz verpennt

Die Arbeit im Grossen Rat unterteilt sich in einen Pflicht- und einen Kürteil. Die Fraktionssitzung erlebe ich als Kür, die Sitzung des Grossen Rates als Pflicht. Denn in der Fraktionssitzung diskutieren wir intensiv, kontrovers, manchmal auch emotional die bevorstehenden Geschäfte. Wir bilden uns eine Meinung und legen uns fest. Am Schluss wird abgestimmt. Und mit dieser Haltung gehen wir in die Sitzung des Grossen Rates und vertreten diese wie vereinbart.

Normalerweise. Wäre da nicht das rege Treiben im Ratssaal. Vom Kaffeeholen, Rauchen- und Gassigehen ganz abgesehen, es wird auch mal rege mit Mitgliedern aus anderen Fraktionen an künftigen Vorstössen gefeilt. Und prompt verstrickt sich der Fraktionschef in eine solche Diskussion, wendet seine Aufmerksamkeit der anderen Person zu, vergisst nicht ganz, dass er nicht zu laut werden sollte, aber auf jeden Fall den Einsatz, spricht: eine Abstimmung. Bleibt sitzen. Merkt dies erst mit der Ruhe im Saal und den Blicken seiner Fraktionsmitglieder. Was jetzt, haben wir nicht vereinbart, dass wir Ja sagen zur Diskussion dieser Interpellation? Verunsichert bleiben die einen sitzen, der Fraktionspräsi sitzt ja auch. Andere, viel weiter unten im Saal – Rüegerholz ist gross – stehen dennoch auf. Die nächste Kaffeerunde würde jetzt auf den Fraktionspräsidenten gehen. Wenn die Warteliste dieser Disziplin nicht so lang wäre ...



Anders Stokholm

Vorstösse der letzten Monate:

Motion «Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung» mit Erstunterzeichnerinnen **Kristiane Vietze und Cornelia Hasler-Roost**

Motion «Politische Rechte für Menschen mit Behinderung» mit Erstunterzeichnerin **Cornelia Zecchinell**

Einfache Anfrage von **Bruno Lüscher, Ruth Kern, Martina Piffner Müller, Andreas Opprecht und Michèle Strähl** «Demenz- und Geriatriekonzept, Massnahmenplan zweite Etappe 2022–2025»

Leistungsmotion «Frische Luft gegen Viren» mit Erstunterzeichner **Jörg Schläpfer**

Movimento – jetzt wird umgesetzt

Klarer, bunter, frecher, vernetzter

Eine solide Basis für die anstehenden National- und Ständeratswahlen schaffen, spürbarer und allen Generationen gerecht werden, die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen. Was haben sich die Mitglieder des Parteileitungsausschusses für die nächsten Monate unter dem Titel «Movimento – jetzt wird umgesetzt» vorgenommen?

Fünf Fragen an jedes PLA-Mitglied zu seinem beziehungsweise ihrem Ressort.

1. Welche konkreten Schritte bist du angegangen und welche stehen zuoberst auf deiner To-do-Liste?
2. Wo liegen die grössten Chancen?
3. Welches ist die grösste Herausforderung?
4. Die Mitglieder nicht aufs Boot holen, sondern mit ihnen gemeinsam Boote bauen – Steht der Schiffsboden schon?
5. Welches Ziel peilt dein Boot an, wenn es denn seetauglich ist?



Gabriel Macedo
Präsidium: Politik,
Strategie, Personelles

#1 Nach der Verabschiedung unserer neuen Strategie haben wir im Parteileitungsausschuss (PLA) ein Ressortsystem eingeführt. Das Ziel: die vielen neuen Aufgaben rasch angehen, umsetzen und die Arbeit auf verschiedene Schultern verteilen. Prioritär haben wir die Plakatierung und Verteilung von Abstimmungsplakaten neu organisiert. Damit wollen wir am Strassenrand präsenter sein. Parallel dazu bin ich am Aufbau einer einfachen, aber effektiven Personalplanung. Als grosse Herausforderung steht auf meiner To-do-Liste ganz oben die bessere Verknüpfung unserer verschiedenen Gremien. Wir wollen das vorhandene, exzellente Know-how in unserer Fraktion, in unseren Arbeitsgruppen und in unseren Ortsparteien sichtbar machen und effizienter nutzen.

#2 Wir haben in unserer Partei diese beeindruckende Wissensbreite, diese enorm engagierten, aktiven Mitglieder und die vielen Amtsträgerinnen und Amtsträger in den Gemeinden, Schulen und Gerichten. Wenn wir es schaffen, uns noch besser zu vernetzen und voneinander zu profitieren, können wir den Thurgau nachhaltig prägen.

#3 Ich stosse immer wieder an zwei grosse Herausforderungen. Zum einen ist es eine Gratwanderung, die verschiedenen Gremien und Sektionen unserer Kantonalpartei mit einheitlichen Standards zu führen, um kantonale Unterschriftensammlungen oder Standaktionen zu gewinnen, und ihnen gleichzeitig eine möglichst hohe Selbstständigkeit zu lassen. Zum anderen haben wir in unseren Reihen unglaublich viele sehr engagierte Mitglieder in Wirtschaft und Gesellschaft mit prall gefüllten Agenden und einer damit verbundenen äusserst schwierigen Terminfindung.

#4 Grundvoraussetzung für den Erfolg in einer Milizorganisation sind Freude an der Sache und Motivation zur Mitarbeit. Innerhalb unserer Partei spüre ich beides. Für mich ist es Ehre und Freude zugleich, der FDP Thurgau vorzustehen und das

Schiff zu führen. Der Weg nach Bern ist noch lang und verlangt einiges. Jedoch bin ich überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir machen eine gute Basisarbeit, dürfen uns allerdings nicht ausruhen. Ich bin hochmotiviert und freue mich auf die kommenden Aufgaben.

#5 Kurzfristig ist es mein ganz persönliches Ziel, die FDP.Die Liberalen Thurgau wieder nach Bern zu bringen. Unsere freisinnigen Werten müssen wieder im nationalen Parlament vertreten sein. Zulegen möchte ich auch im Grossen Rat. Und nicht zuletzt wollen wir die vielen Gemeinde-, Schul- und Richterämter halten, wenn nicht ausbauen. Mittel- bis langfristig ist es mir ein grosses Anliegen, in unserer Partei eine solide Basis für eine erfolgreiche Politik zu legen. Unsere Orts- und Bezirksparteien sollen sich voll und ganz auf ihre Aufgaben vor Ort konzentrieren können und durch die Kantonalpartei Hilfestellungen erhalten. All unsere Amtsträgerinnen und Amtsträger sollen mit Freude unsere Parteifarben vertreten und von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.



Martina Pfiffner Müller
Kommunikation und
Entwicklung:
Sichtbarer, frischer,
knackiger

#1 Ich darf mich um die sichtbare, frische und knackige Kommunikation kümmern. Ich hoffe, die ersten Massnahmen sind unseren Mitgliedern aufgefallen. Etwas Schelte haben wir bei unseren etwas frechen «Sommertipps» auf Facebook und Instagram erhalten – das Positive: Wir werden wahr- (und ernst) genommen. Es liegt aber noch ein längerer Weg vor uns. Als Nächstes freuen wir uns auf eine kleine Filmserie ...

#2 Man hört uns zu. Wenn wir klar und mutig Positionen beziehen und zu unserer differenzierten Betrachtungsweise stehen. Wir müssen uns selber bleiben.



Harry Stehrenberger
Bezirks- und Orts-
parteien: Voneinander
wissen und
voneinander profitieren

#1 Die Aufgabe des Ressorts besteht in der Unterstützung der Orts- und Bezirksparteien inklusive der Vertretung ihrer Anliegen und Bedürfnisse in der Parteileitung. Wir arbeiten daran, einen Servicekatalog aufzustellen, um an einem Ort alle Instrumente und Hilfestellungen abzubilden. Die erste Version stellen wir an der nächsten kantonalen Parteipräsidienkonferenz vor. Diese soll in Zukunft 2x jährlich stattfinden.

#2 Die grösste Chance liegt im gemeinsamen Lernen und im gemeinsamen Austausch. Zahlreiche Formate, Veranstaltungen, Events oder auch Kommunikationen können geteilt werden und

«Best Practices» sollten es einfacher machen, lokal etwas auf die Beine zu stellen.

#3 In den kommenden Wahlkämpfen kommt viel Arbeit auf die Ortsparteien zu. Auch innerhalb der Legislaturperiode muss die FDP regelmässig spürbar sein. Dazu braucht es die Mobilisierung der Mitglieder, welche nicht immer ganz einfach ist. Wir hoffen, durch das Projekt «Movimento» einiges dazu beitragen zu können. Auch die Mitgliederwerbung muss vor Ort erfolgen und abgeschlossen werden. Es muss uns gelingen, neue Mitglieder zu werben.

#4 Ich glaube, viele Mitglieder waren schon immer aktiv am Bauen und das Fundament ist da. Ich hoffe, wir können weitere Mitglieder zu aktiver Mitarbeit motivieren.

#5 Das Ziel ist klar. 1 Vertreter im Nationalrat, zusätzliche Mitglieder im Grossen Rat und weiterhin starke Vertretung in den lokalen Behörden.



Hansjörg Brunner
Arbeits- und Fachgruppen: Themenführerschaften übernehmen

#1 Ich habe erste Gespräche mit Fachgruppenleitern geführt. Ich werde ein gemeinsames Treffen mit sämtlichen Leiterinnen und Leitern der Fachgruppen einberufen. Wichtige Themen werden Personalplanung und Verteilung von Funktionen und Aufgaben sein. Es gilt einfache Abläufe zu definieren und die Kommunikation untereinander sicherzustellen.

#2 Innerhalb unserer Partei sind ein riesiges Know-how und immens viel Erfahrung vorhanden. Wir müssen alles daransetzen, damit wir von diesen gewaltigen Ressourcen profitieren können. Ich bin sicher, dass wir für jedes einzelne Thema in unserer Partei mehrere Spezialisten und Spezialistinnen haben. Dies müssen wir nutzen.

#3 Es muss uns in Zukunft besser gelingen, unsere Anliegen der Stimmbürgerschaft zu erklären. Wir müssen einfacher und verständlicher informieren, was wir wollen. «Gemeinsinn» ist wohl ein schönes Wort. Das Volk muss aber glauben und merken, dass es für uns kein Lippenbekenntnis ist und wir uns für verbesserten Wohlstand und Sicherheit für alle Gesellschaftsschichten einsetzen.

#4 Ja, der steht. Es geht nun hauptsächlich darum, Strukturen aufzubauen, und wir müssen uns in den Fachgruppen optimal organisieren. Das Erfolgsrezept lautet: Themenbezogen die richtigen Personen einsetzen!

#5 Aber wir müssen vermehrt aus dem Reagie-

ren herauskommen und selber agieren, das heisst Themen setzen und vermehrt den Lead übernehmen. Es muss bei den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig viel besser sichtbar und spürbar werden, dass wir alle da sind und uns das Wohl aller am Herzen liegt.



Anders Stokholm
Fraktion: Sichtbare Inhalte, aktive Fraktionsmitglieder

#1 Wir haben in der Fraktion bereits mehrere Klausuren abgehalten und dabei den Ablauf der Fraktionssitzung überarbeitet und konkrete Ideen für Vorstösse entwickelt. Zudem haben wir die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert mit Medienmitteilungen vor den Kantonsratssitzungen sowie Facebook-Filmen im Nachgang. Es gilt jetzt, die Ideen für Vorstösse kontinuierlich umzusetzen.

#2 Die Fraktion hat durch die Vielfalt ihrer Mitglieder und ihrer Zusammenarbeit mit den Fachgruppen ein grosses Know-how in verschiedensten Politikbereichen. Dies reicht von der Finanz- über die Raumplanungs- bis hin zur Gesundheits- und Umweltpolitik, womit aber längst noch nicht alles erwähnt wäre. Aus diesem Potenzial lässt sich für die konkrete Arbeit im Grossen Rat viel schöpfen, sei es in der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen, sei es in der Vorbereitung neuer Vorstösse.

#3 Viele Fraktionsmitglieder stehen mit beiden Füßen im Berufsleben und geben auch dort ihr Bestes, und das ist viel. Die Ratsarbeit ist für uns eine zusätzliche Arbeit, die neben der Kür auch viel Pflicht enthält. Zum Glück ergänzen wir uns sehr gut.

#4 Wir erhalten in der Fraktion von Mitgliedern sehr gute Inputs, die wir in unserer Ratsarbeit manchmal eins zu eins einbringen können. So wurde zum Beispiel ein Vorstoss zur Anpassung des Raumplanungsgesetzes von einem Mitglied geschrieben und konnte beinahe unverändert so eingereicht werden. Wir sind auf solche Mitarbeit angewiesen, damit unsere Flotte wächst.

#5 Zum einen wollen wir den Kanton Thurgau mit unserer Politik im Grossen Rat mitgestalten Richtung Freiheit, Fortschritt und Gemeinnutzen. Zum anderen wollen wir bei den nächsten Wahlen im Jahr 2024 ein positives Zeichen für die FDP/Die Liberalen setzen und wieder Sitze zurückgewinnen.



Ramon Weber
Jungfreisinnige: Interesse an der Politik wecken, Nachwuchsförderung

#1 Die Jungfreisinnigen Thurgau engagieren sich derzeit für drei konkrete Anliegen: Renteninitiative, Individualbesteuerung und Referendum gegen Lex Netflix. Die Themen treffen klar den Zeitgeist und sind für alle Generationen spürbar.

#2 Greifbare Initiativen und Referenden zeigen unserer Bevölkerung am deutlichsten, für welche Werte sich unsere Partei einsetzt. Die Renteninitiative ist der einzige nachhaltige Weg, um unsere Altersvorsorge zu sichern. Mit der Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung sollen Arbeitsleistung und Vermögen von Paaren getrennt und damit fair besteuert werden. Und mit dem aktuellen Referendum gegen Lex Netflix wird ein missratenes, illiberales und realitätsfremdes Gesetz verhindert.

#3 Wir wollen den Thurgau und die Schweiz liberaler gestalten. Ideen und Vorschläge dazu gibt es mehr als genug. Leider reichen unsere Kapazitäten nicht immer, um alle Anliegen umzusetzen. Nichtsdestotrotz arbeiten wir kontinuierlich an unseren Projekten und Kampagnen. Die zwei Jahre bis zu den Nationalratswahlen 2023 werden wir gut nutzen und zeigen, warum die Jungfreisinnigen die Partei für jede und jeden ist.

#4 Dieser steht definitiv schon. Unsere engagierten Mitglieder und ein aktiver Vorstand bilden die Basis für unsere Arbeit und unsere Erfolge. In den nächsten Jahren wollen wir weiterwachsen und uns zur gewichtigsten Kraft unter den Jungparteien in unserem Kanton weiterentwickeln.

#5 1,5% Wähleranteil der Jungfreisinnigen im Thurgau.

Wir brauchen Verstärkung

Die Umsetzung Movimento läuft. Einige Punkte haben wir bereits umgesetzt, einiges steht uns aber noch bevor. Für unsere Projektaufträge «Leuchttürme, Anlässe und Aktionen», «Bürgernähe ausbauen, Wähleranteile steigern» und «Stärkung Ebenen Kanton, Bezirks- und Ortsparteien, Mobilisierung» suchen wir noch je eine Handvoll Mitwirkende. Für das Projekt «Bürgernähe ausbauen, Wähleranteile steigern» freuen wir uns zudem auf eine Person, welche die Leitung übernimmt. Bitte meldet euch bei der Geschäftsstelle 071 672 17 20 info@fdp-tg.ch.



Marco Meuri – Schaffer und Motivator

Vereine sind ein wichtiges Fundament in der Gesellschaft

fdp-tg.ch

Viel näher an Büzern und Bauern als diese denken.

FDP
Die Liberalen
Thurgau

Das Vereinsleben ist Marco Meuri seit jeher wichtig. Er lebt und prägt es seit vielen Jahren mit grösstem Elan und scheut weder Aufwand noch Verantwortung: In seiner Jugend im Vorstand des FC Stella Sirnach, später im Vorstand und in den letzten zehn Jahren als Präsident der SIFA, der grössten Thurgauer Fasnachtsorganisation.

«Vereine sind für die Freizeitgestaltung wichtig. Sie leisten einen wertvollen Beitrag in der Jugendförderung. Besonders dank der zahlreich Helfenden, die bereit sind, Frondienst zu leisten», ist Marco Meuri überzeugt. Der 37-Jährige weiss, wovon er spricht. In den letzten zehn Jahren stand er an der Spitze der Sirnacher Fasnacht (SIFA). Die grösste Thurgauer Fasnachtsorganisation zu führen, ist gesamt gesehen mit einem 20-Prozent-Job zu vergleichen. Verdient hat Marco Meuri damit keinen Franken. «Ich habe es über all die Jahre sehr gerne gemacht inklusive einiger schlafloser Nächte.»

Grosse Verantwortung

Die Verantwortung für den Fasnachtsbetrieb, der auch in diesem Jahr am 11. November mit einem grossen Guggentreffen beginnt und im Februar mit Umzügen und Maskenbällen traditionell seine Fortsetzung findet, sei schon sehr gross. Marco Meuri scheute dies nicht. Als 27-Jähriger über-

nahm er nach zwei Jahren im Vorstand die Führung und damit die Nachfolge seines FDP-Partei-kollegen Roger Piberauer. «40 Ehrenamtliche in einem Vorstand zu führen und sie ohne monetäre Belohnung über einen langen Zeitraum mit vollster Motivation im Boot zu haben, sei herausfordernd, aber auch bereichernd. Für meine berufliche Karriere hat es mir sehr viel gebracht», sagt der gelernte Chemielaborant, der berufsbegleitend Bachelor- und Masterabschlüsse unter Dach und Fach brachte und heute Business Area Manager bei einem internationalen Labortechnikunternehmen ist.

Mit Weitblick unterwegs

Als Vorsitzender einer Organisation muss man neben den aktuellen arbeitsintensiven Aufgaben vor allem auch Weitblick haben. Mit Begeisterung vorangehen, motivieren, fordern und fördern. Marco Meuri ist es gelungen, aus den eigenen Reihen eine neue Präsidentin aufzubauen. Darüber ist der verheiratete Vater einer Tochter sehr glücklich.

«Ich hätte die Führung nicht abgegeben, wenn die Nachfolge nicht geregelt gewesen wäre.» Fortan wird Marco Meuri im Vorstand der SIFA als Aktuar amten.

Marie-Theres Brühwiler

Kandidat für den Sirnacher Gemeinderat

Künftig will Marco Meuri auch auf dem politischen Parkett etwas bewegen. Seine Devise: Sirnach als Dorf weiterentwickeln und Vereine in einer anderen Rolle aktiv unterstützen. Für die am 28. November 2021 angesetzten Ersatzwahlen in den Sirnacher Gemeinderat hat das FDP-Mitglied einen Mitbewerber. Der 37-Jährige geht sportlich damit um. «So oder so werde ich mich immer mit viel Elan für unser Dorfleben einsetzen.»



Am 1. Oktober 2021 verabschiedete das Parlament 27 Vorlagen. Darunter eine stark antiliberaler und umverteilende Kultursteuer. Streaming-Anbieter wie Netflix oder Disney+ sowie private TV-Sender wie 3+, Sat1 oder Pro7 müssen mindestens vier Prozent ihrer CH-Bruttoeinnahmen Schweizer Filmschaffenden abliefern oder eine Ersatzabgabe bezahlen. Diese neue Filmsteuer kann überdies beliebig erhöht werden. Bezahlen müssen diese neuen Zwangsabgaben die Konsumentinnen und Konsumenten.

Weniger Filme und Serien im Programm?

Streaming-Anbieter sowie private TV-Sender müssen darüber hinaus neu mindestens 30 Prozent europäische Filme anbieten. Zudem sollen diese besonders gekennzeichnet und gut auffindbar sein. Erfolgreiche Filme und Serien aus dem Ausland fallen somit aus dem Programm.

Aus liberaler Sicht spricht alles gegen die «Lex Netflix»: Es handelt sich um einen ungeniessbaren Cocktail aus Heimatschutz, Subventionitis und Bevormundung. Doch leider stimmte nur die SVP geschlossen gegen die Vorlage. Die Liberalen verpassten diese einmalige Chance, um bei den jüngeren Generationen zu glänzen. Selbst die Senkung des Satzes von 4 auf 1 Prozent fand keine Mehrheit im Parlament.

Nicht auf unsere Kosten

Bereits heute investieren Bund und SRG jährlich 100 Millionen Franken in das einheimische Filmschaffen. Das neue Gesetz zwingt ausländische

Anbieter, saftige Summen an die direkte lokale Konkurrenz abzutreten. Dies sollte ein Dorn in jedem liberalen Auge sein. Man stelle sich den Normalbürger vor, der seine berufliche Selbstverwirklichung hart erlangen muss und keine solche Privilegien geniesst.

Wir stellen uns gegen diese staatlich verordnete antiliberaler Filmquote und ergriffen zusammen mit den Jungen SVP und den Jungen GLP das Referendum. Unterstützen Sie unser Referendum jetzt unter: www.filmsteuer-nein.ch

Enrique Castelar



Parolen für den 28. November

3× Nein

Die Jungfreisinnigen trafen sich im Brauhaus Frauenfeld zur Mitgliederversammlung. Auf dem Programm standen das Budget und die Parolenfassungen für die nächsten Abstimmungen.

Nein zur Pflegeinitiative

Dabei sprachen sich drei Fünftel der Mitglieder gegen die Pflegeinitiative aus. Sie sind der Ansicht, dass die Pflegeproblematik besser angegangen werden kann und muss. Der Gegenvorschlag vom Bund und die darin enthaltenen Fördermittel zur Ausbildung neuer Fachpersonen ist zielführend, doch nicht ausreichend. Es benötigt dringend einen Export des Thurgauer Erfolgsmodells Spital Thurgau AG auf alle Kantone und auf das gesamte Schweizer Gesundheitswesen.

Nein zum erweiterten Covid-Gesetz

Ebenfalls lehnten die Jungfreisinnigen Thurgau die Ausweitungen der COVID Bestimmungen klar ab. Diese Entscheidung basiert auf den vom Staat geschaffenen Überwachungsmechanismen. Man möge sich hierbei an die Situation im März 2020 erinnern, als Datenschutz plötzlich zweitrangig wurde. Bereits dort nutzte das BAG Handydaten, um zu überprüfen, wie viele Menschen sich im öffentlichen Raum aufhalten. Dies gestützt auf den im Covid-19-Gesetz verankerten Art. 3b, welcher ein umfassendes Contact-Tracing-System stützt.

Nein zur Justizinitiative

Die Jungfreisinnigen Thurgau lehnen die Justizinitiative einstimmig und ohne Kommentar ab. Sie ist systemfremd und ermöglicht de facto lebenslange Bundesrichter und Bundesrichterin ohne jegliche demokratische Legitimation.

Janis Basler



BP Münchwilen

Nina Schüler-Widmer kandidiert

Die Vizepräsidentin des Bezirksgerichts Münchwilen, Nina Schüler-Widmer, kandidiert als Präsidentin des Bezirksgerichts Münchwilen. Die 47-jährige Juristin mit Lizentiat der Rechte der Universität Zürich ist seit 2011 Berufsrichterin und seit acht Jahren Vizepräsidentin am Bezirksgericht Münchwilen. Die Wahl der Nachfolge des derzeitigen Bezirksgerichtspräsidenten, der per Ende April 2022 seinen Rücktritt bekannt gegeben hat, erfolgt im Februar 2022.



OP Weinfelden

Erfolgreich

Die Mitglieder der FDP Weinfelden blicken auf spannende Anlässe zurück: Einen Rundgang durch die «Weinfelder Gerichtslandschaft» vom «Haus zum Komitee», heutiges Versicherungs- und Verwaltungsgericht des Kantons Thurgau, bis zum grossen Gerichtssaal im Rathaus. Und eine Besichtigung der KVA Weinfelden am diesjährigen Herbstanlass, als ideales Beispiel für ökologisch-ökonomische Lösungen in einer Hand. Neben reiner Entsorgungstechnik wird Energie und Fernwärme produziert und von Weinfelder Betrieben genutzt. Selbstverständlich kam der gesellige Teil jeweils nicht zu kurz. Michèle Strähl, Präsidentin der Ortspartei, würdigte die FDP-Erfolge bei den Neuwahlen: Thomas Wieland als Präsident der Primar- und Sekundarschulbehörde; Simon Engeli in die Sekundarschulbehörde und Beat Bollinger neu als Ersatzrichter am Bezirksgericht.



OP RegioSee

Alle einbinden

Die Ortspartei RegioSee hat mit Dario Zimmermann nicht nur einen neuen Ortsparteipräsidenten gewählt, sondern gleichzeitig ihre Organisation überholt. Die über mehrere Gemeinden aktive Ortspartei hat für jede ihrer dazugehörigen Gemeinden eine fixe Ansprechperson definiert.

OP Frauenfeld

FDP unterwegs

Auf Menschen zugehen, Argumente gegen die «99%-Initiative» platzieren, für die «Ehe für alle» Stellung nehmen und die Vorteile der Volksinitiative «Zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» aufzeigen. Fazit: Mitglieder der FDP Frauenfeld, die Jungfreisinnigen Thurgau und Vertretende der Kantonalpartei erlebten einmal mehr, wie einfach es ist, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen.



OP Uttwil

Möglichmacher/innen

Vor 25 Jahren haben Gabi Badertscher und Brigitte Kaufmann die FDP Uttwil und Umgebung gegründet. Die beiden FDP-Gründerinnen waren nicht nur im Dorf äusserst erfolgreich. Gabi Badertscher wurde im 2009 zur höchsten Thurgauerin gewählt. Zwölf Jahre später tat es ihr Brigitte Kaufmann gleich.



Fraktion

Bewegter Ausflug

Rolf Schläpfer, Inhaber Roth Pflanzen AG, Gartencenter und Baumschule, Kesswil lud zu einem spannenden Rundgang durch eine der grössten Baumschulen der Schweiz ein. Abgerundet wurde der «bewegte» Fraktionsausflug mit dem Werkstattbericht von Simone Benguerel. Die Archäologin gab Einblick in den Stand der Arbeiten rund um das Geheimnis der Uttwiler Unterwasserhügel.

Engagiert

Schlüssel zur Freiheit

Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller hat ein kantonales Ja-Komitee zum Covid-19-Gesetz lanciert. Im Boot sind die IHK Thurgau, welche gleich auch die Kampagnenführung übernommen hat, der TGV, Bodensee Tourismus sowie fünf weitere Thurgauer Parteien.

Wir gratulieren



Jürg Felix

Die Ortspartei Romanshorn wird neu von Jürg Felix geführt. Der neue Präsident ersetzt Arno Germann, der in die Sekundarschulbehörde von Romanshorn gewählt wurde.



Dario Zimmermann

Als 22-Jähriger wurde Dario Zimmermann bereits in den Gemeinderat von Münsterlingen gewählt. Nun hat der begeisterte Fussballer auch das Präsidium der Ortspartei RegioSee übernommen. Dario Zimmermann ist Nachfolger von Adrian Giger.



Ana Brändli

Bei den Juniorinnen war sie bereits mehrfach Schweizer Meisterin in der Gymnastik. Nun hat die 19-Jährige dasselbe in der höchsten Leistungs-kategorie der Aktiven geschafft.

Aktuell engagiert sich Ana Brändli neben ihrem Pensum als Schülerin an der PMS Kreuzlingen und ihren intensiven Sportaktivitäten, für die Volksinitiative «Zivilstands-unabhängige Individualbesteuerung».

Neu in der Exekutive

Die Steckborner Stimmberechtigten haben **Lufti Lokmani** mit einem Glanzresultat in den Stadtrat gewählt. In Bichelsee-Balterswil hat sich der 21-jährige **Dario Holenstein** bei den Ersatzwahlen in den Gemeinderat gegen eine langjährige Politprominenz souverän durchgesetzt.

OP Uttwil

Ein Dorf in Festlaune

Grossratspräsidentin Brigitte Kaufmann wurde in Uttwil von der Dorfbevölkerung mit einem sehr sympathischen Dorffest gebührend gefeiert. Regierungspräsidentin Monika Knill, Gemeindepräsident Richard Stäheli, FDP-Fraktionspräsident Anders Stokholm und weitere lobten die hohen Verdienste der ehemaligen Uttwiler Gemeindepräsidentin und aktuell höchsten Thurgauerin. Grosses Lob durfte auch der OK-Präsident, Thomas Krois, entgegennehmen.



Anzeige

Breite Thurgauer Allianz sagt Ja zum Covid-Gesetz

Internationale Reisen sowie kulturelle und gesellschaftliche Anlässe sind nur dank diesem Gesetz wieder möglich.

Die finanzielle Unterstützung für Härtefälle und besonders betroffene Branchen fielen bei einem Nein ersatzlos weg.

Das Covid-Gesetz ist der Schlüssel zur Freiheit – die Alternative sind Lockdowns und Einschränkungen.

Ja zum covid-19 gesetz

fdp-tg.ch

Wir lösen schon, während andere noch poltern!

«Wollen auch Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen? Gerne zeige ich Ihnen den Weg dazu auf.»

Werner Fleischmann, Firmeninhaber

Fleischmann Immobilien AG
 Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch

Die neuen ziehen Bilanz

Rückblick auf zwei intensive Jahre

Acht FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 2019 neu in den National- und Ständerat gewählt wurden, blicken auf ihre ersten beiden Jahre in Bundesbern zurück. Sie sprechen über ihre Erwartungen, was sie im Parlament überrascht hat und wofür sie in den nächsten zwei Jahren kämpfen wollen.



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Nationalrätin, St. Gallen

«Der erste Tag der Legislatur war bei mir ein bisschen wie der erste Schultag. Ich war gespannt, hatte Erwartungen, aber natürlich auch eine gewisse Unsicherheit. Aus dem Kantonsrat war ich mir das Politisieren in einer Legislative gewohnt, war aber gespannt, wie sich das auf Bundesebene anfühlt. Mittlerweile weiss ich, wie faszinierend die Aufgabe ist. Man kann etwas bewirken, wenn man sich in die Dossiers einliest. Im Kantonsparlament dauerte die Session drei Tage, in Bern sind es drei Wochen. Dazu kommt das Zweikammersystem, das auch taktisch genutzt werden kann. Dabei habe ich gelernt, wie wichtig Gespräche hinter den Kulissen sind.

Es freut mich auch, dass ich in der UREK-N mitarbeiten darf. Neben den Umweltthemen liegen mir aktuell besonders auch die AHV-Revision und die BVG-Revision am Herzen. Ich finde es wichtig, dass gerade wir bürgerlichen Frauen hierbei für unsere Ideale hinstehen und ein Gegengewicht zur linken Abwehr- und Anspruchshaltung bilden. In der zweiten Legislaturhälfte will ich mich zudem dafür einsetzen, dass wir die Energiewende mit Massnahmen erreichen, die uns Freisinnigen entsprechen. Neben dem Parlamentsbetrieb ist es die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung, die wir FDP Frauen lanciert haben. Hier braucht es noch viel Einsatz, um diese Volksinitiative ins Tor zu tragen. Aber ich freue mich darauf, auf der Strasse mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten.»



Anna Giacometti
Nationalrätin,
Graubünden

«Da ich zuvor Gemeindepräsidentin von Bregaglia war, hatte ich vor meiner Wahl keine Erfahrung in einer Legislative. Der Beginn im Nationalrat war eine völlig neue Welt. Besonders in Erinnerung bleibt mir der erste Tag, als ich das imposante Bundeshaus betrat und mit einer Freundin sowie zwei Journalisten aus Graubünden die Treppe hinaufstieg. Ich habe erwartet, dass das Parlament schneller entscheidet. Es überraschte mich, dass ein Gesetz, nachdem es von beiden Räten angenommen wurde, in der Schlussabstimmung noch abgelehnt werden kann, so dass die Arbeit wieder bei null beginnt.

Mittlerweile verfüge ich über mehr Erfahrung und politisiere aktiver als vor zwei Jahren. Ich habe mich stark für das CO₂-Gesetz engagiert und bin im Initiativkomitee für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung. Als APK-Mitglied sind mir die Beziehungen zur EU besonders wichtig. Es stellt sich nun die Frage, wie wir den bilateralen Weg aufrechterhalten und weiterentwickeln können. Ich hoffe, dass es dem Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Parlament gelingt, ein stabiles Verhältnis zu unseren Nachbarn aufzubauen, die für die Schweiz so wichtig sind. Bis zum Ende der Legislatur möchte ich auch die Namen, die Herkunft und den politischen Hintergrund der vielen Menschen kennen, die mir im Bundeshaus begegnen. Neben der Arbeit im Bundeshaus gefällt mir auch die Stadt Bern. In der wunderschönen Altstadt bin ich gerne zu Fuss unterwegs.»



Matthias Michel
Ständerat, Zug

«Nach 16 Jahren als Regierungsrat in Zug hatte ich den Wunsch, auf nationaler Ebene zu wirken. Als ich vor zwei Jahren ins Bundeshaus kam, war ich erstmal ergriffen. Die Realpolitik war dann wieder etwas anderes. Fasziniert und überrascht hat mich die Dimension des Zweikammersystems. Wenn man aus einem Kanton kommt, kennt man die Regierung und das Parlament mit einer Kammer. Das Zweikammersystem wirkt auf den ersten Blick sehr kompliziert und ich habe Zeit benötigt, um zu erkennen, welche Geschäfte zuerst in welchen Rat kommen und was danach folgt bis zu den Differenzvereinigungen.

Die Vereidigung ging mir besonders unter die Haut. Wegen eines zweiten Wahlgangs im Kanton Zug wurde meine Wahl erst einen Tag nach Sessionsbeginn bestätigt. Das hat mich zuerst etwas geärgert, aber dafür durfte ich alleine zwischen den Weibeln vor dem Ratspräsidium meinen Eid ablegen. Sofern das Ständeratsbüro bestätigt, kann ich in der zweiten Legislaturhälfte das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerats übernehmen. Die GPK beaufsichtigt den Bundesrat, wie er die Verwaltung führt, ob effizient und rechtmässig. Diese Rolle ist mir auf den Leib geschneidert, da ich von der Exekutive komme.»



QR-Code scannen und
alle Videointerviews in
voller Länge schauen.



Simone de Montmollin
Nationalrätin, Genf

«Die erste Amtshandlung beim Legislaturbeginn 2019 war die Vereidigung. Als wir den Eid abgelegt haben, wurde mir bewusst, welche Verantwortung wir als Volksvertreter tragen. Ich war dankbar gegenüber den Menschen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und wollte gleich mit der Arbeit beginnen, um eben dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Im Gegensatz zum kantonalen Parlament ist die Polarisierung zwischen den Fraktionen deutlich stärker. Das wirkt sich auch auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus. Aufgefallen ist mir auch, dass sich einige Ratsmitglieder stark für persönliche Anliegen einsetzen, andere eher Parteiinteressen vertreten. Ich habe schnell gelernt, für meine Überzeugungen einzustehen. Allerdings verändern sich die Prioritäten je nach Agenda des Parlaments, des Bundesrats oder bei unerwarteten Ereignissen. Da muss man die Energie einsetzen, wo sich etwas bewirken lässt.»



Damien Cottier
Nationalrat, Neuenburg

«In den letzten zwei Jahren im Nationalrat habe ich viel darüber gelernt, wie die Prozesse ablaufen. Wenn man in der Politik etwas bewegen will, braucht es vertieftes Wissen über die Abläufe. Das ist mir nicht schlecht gelungen. Selbstverständlich gibt es immer noch Dinge, die man besser machen kann. Zum Glück kann ich auf die Unterstützung meiner Fraktionskollegen zählen. Es ist wichtig, sich selbst zu hinterfragen und Neues dazulernen. Lernen ist Teil des Lebens. Das wichtigste politische Dossier ist für mich die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU, unserem wichtigsten Handelspartner. Wir müssen unbedingt Lösungen finden, damit der bilaterale Weg weiterentwickelt werden kann. Das erfordert Kreativität, politischen Willen, Arbeit und Diplomatie. Ich bin überzeugt, dass diese Frage absolut zentral für unser Land ist, weil sie sich auf unseren Arbeitsmarkt und letztlich auf unsere Lebensqualität auswirkt.»



Maja Riniker
Nationalrätin, Aargau

«In den letzten zwei Jahren habe ich viel über politische Mechanismen und Taktiken gelernt. Dazu habe ich meine Kenntnisse der anderen Landessprachen verbessert. Als Aargauerin waren mir diese zuvor weniger geläufig. Auch gegenseitiges Vertrauen und Kooperation lernte ich kennen, wie auch das Gegenteil. Die überparteiliche Zusammenarbeit finde ich einen grossen Vorteil und etwas Schönes, das ich nicht in diesem Ausmass erwartet habe. Man hat mich auch vor der vielen Arbeit gewarnt, dass es so viel Arbeit ist, habe ich aber nicht gedacht.

Der Abbruch der Session am 16. März 2020, als der Lockdown beschlossen wurde, das hat mich stark geprägt. Traurig war auch der Tod meines Nationalratskollegen Albert Vitali. Ich durfte ihn nicht lange erleben, habe ihn aber sehr gerne gehabt. Das waren emotionale Momente, die prägen. Das wichtigste Dossier ist für mich der Alimentierungsbericht, bei dem es um die Sicherung der Bestände von Armee und Zivilschutz geht. Ebenfalls müssen wir klären, wie ein Dienst an der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Armee- und Zivilschutzbeständen funktioniert, inklusive Frauen in der Armee. Das ist ein langfristiges Projekt, das ich gerne noch weiterverfolgen würde. Ebenfalls habe ich im Bereich Bevölkerungsschutz Ideen, wie man die Bevölkerung noch aktiver alarmieren kann.»



Andri Silberschmidt
Nationalrat, Zürich

«Als ich in den Nationalrat gewählt wurde, wollte ich die jungfreisinnige Politik einbringen, die ich schon zuvor verfolgt habe. Das ist mir wenigstens zum Teil gelungen. Ich konnte Akzente in Kernthemen setzen, wie zum Beispiel das Unternehmertum stärken und Sozialwerke sichern. Unterschätzt habe ich die Dynamik der beiden Kammern. Nur weil wir im Nationalrat etwas erreicht haben, heisst das noch lange nicht, dass es dann auch durch den Ständerat kommt. Diese Dynamik zu verstehen und einzuplanen, ist eine Herkulesaufgabe und lässt sich auch nicht innert einer Legislatur komplett lernen.

Heute denke ich viel mehr in Gesetzestexten. Wenn jemand auf mich zukommt und bei einem Problem Hilfe verlangt, höre ich es mir an und meine erste Frage ist: In welchem Gesetz und welchem Artikel ist es geregelt? Nur wenn man ein Problem tatsächlich identifiziert, kann man es auch lösen. Das wichtigste politische Dossier ist für mich nach wie vor die Sicherung der Sozialwerke, weil wir in den letzten zwei Jahren weniger Fortschritte erzielt haben, als ich mir das erhoffte. Dabei braucht es ausserparlamentarischen Druck, deshalb hat die FDP mit den Jungfreisinnigen die Renteninitiative eingereicht. Wir im Parlament müssen einen Zacken zulegen. Wenn es nach uns ginge, wären wir schon viel weiter.»



Johanna Gapany
Ständerätin, Freiburg

«Nach meiner Wahl in den Ständerat wollte ich mein Netzwerk auf eidgenössischer Ebene vergrössern, da ich vorher in einer städtischen Exekutive und im Freiburger Kantonsparlament war. Ein gutes Netzwerk ist wichtig, um möglichst viel bewegen zu können und meinen Kanton optimal zu vertreten. In den letzten zwei Jahren wurde die politische Arbeit durch die Covid-Pandemie erschwert. Die parlamentarische Arbeit beinhaltete deutlich weniger persönlichen Austausch. Für mich als neue Ständerätin war es anspruchsvoll, weil die Beschlüsse bezüglich Corona sehr rasch abgearbeitet wurden. Dadurch lernte ich die Prozesse schnell kennen und wusste bald, worauf es ankommt.

Mich haben insbesondere die Finanzen und der künftige Umgang mit den Schulden interessiert, da ich bald das Präsidium der Finanzkommission übernehme. Mir ist es wichtig, dass die Schulden nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden. Überrascht hat mich die ausgeprägte Diskussionskultur im Ständerat. Es geht tatsächlich nicht darum, dass jeder seine Rede hält, sondern dass man auf die Vordröner eingeht. Der Ständerat zeigt einen ausgeprägten Willen zur Demokratie mit ausführlichen Debatten und Entscheidungen, die genau abgewogen werden. Natürlich werden auch in diesem ruhigen Rahmen dynamische Entscheide getroffen.»

Thierry Burkart will die FDP mit klaren Positionen profilieren. Fotos: Désirée Dittes



«Wir brauchen klare Kanten»

Thierry Burkart will mehr Fokus

Der neue Parteipräsident hat mit seinem Team erste Eckpunkte definiert, wohin der Weg der FDP gehen soll. Im Interview spricht er den Liberalismus als Verpflichtung, die Bedeutung der Kantonalparteien und was die FDP von der Schwingerfamilie lernen kann.

Am 2. Oktober wählten dich die Delegierten zum Parteipräsidenten. Wie ist es dir seither ergangen?

Die letzten Wochen waren so intensiv wie spannend und es galt, viele Abläufe und Zuständigkeiten kennen zu lernen. Intensiv war auch die Arbeit im Team mit meinen Vizepräsidenten, die sehr gut funktioniert. Viele Leute sind mit ihren Wünschen und Erwartungen bezüglich der FDP an mich herangetreten. Diese Anliegen zu kanalisieren, ist eine Herausforderung.

Bei deiner Wahl waren viel Unterstützung, aber auch grosse Erwartungen zu spüren. Bedeutet dies Druck oder ein willkommener Vertrauensvorschuss?

Ich denke, beides trifft zu. Man schenkt uns Vertrauen, adressiert aber auch klare Erwartungen. Wir wissen, was wir für die FDP erreichen wollen, nämlich den Wahlsieg 2023. Uns ist aber auch bewusst, dass wir das nicht allein schaffen. Es braucht jeden und jede in dieser Partei, von der Bundeshausfraktion über die Kantonalparteien bis hin zu den Ortsparteien. Dieses liberale Feuer zu entzünden und alle Freisinnige zu erreichen, ist mir ein grosses Anliegen.

Konntest du in deinen ersten Wochen als Parteipräsident bereits einige Pflöcke einschlagen?

Grundsätzlich schlage ich als Präsident nicht alleine Pflöcke ein. Ich kann aber, quasi als Spitze des Eisbergs, Anstösse geben. Die bisherigen Tätigkeiten, die wir bearbeiten, lassen sich grob gliedern: Wir arbeiten an einer Reorganisation von Partei und Fraktion und haben einen neuen Generalsekretär und einen neuen Wahlkampfleiter gefunden. Wir beschäftigen uns ausserdem mit Umweltpolitik, zu der es einen Antrag der Parteipräsidentenkonferenz (PPK) gab. Gleichzeitig sind wir an einer Resolution zur Energiepolitik. Zudem wollen wir möglichst bald drei bis fünf Kernthemen definieren und diese entsprechend bearbeiten. Daneben war ich kommunikativ gefordert und konnte in den vielen Interviews unsere Positionen gegenüber der Konkurrenz abgrenzen. In der Covid-Thematik war es wichtig klarzustellen, dass wir zu den aktuellen Massnahmen stehen und die Impfung der wirksamste Ausweg aus der Krise ist. Angesichts tieferer Spitalbelastung wollen wir jedoch auch eine konkrete Perspektive. Diese fordern wir vom Bundesrat.

Was sind die wichtigsten Aufgaben für die nächsten drei Monate? Die Festlegung der drei bis fünf Kernthemen, diese mit Inhalten füllen und schliesslich deren Umsetzung planen. Neben dieser Hauptaufgabe gilt es, mit dem neuen Generalsekretär Strukturen und Abläufe festzulegen.

Was gefällt dir an der Arbeit als Parteipräsident?

Die Arbeit mit meinem Team ist wirklich sensationell und ich bin überglücklich, dass ich ihre Unterstützung habe. Daneben spüre ich eine leidenschaftliche und tolle Arbeit im Generalsekretariat sowie allgemein in der Partei Zuversicht und eine Stimmung des Aufbruchs, das freut und motiviert mich. Jetzt geht es darum, diesen Aufbruch zu vergrössern und nach aussen zu tragen. Zu guter Letzt freue ich mich, dass Einigkeit zu spüren ist. Dies ist die entscheidende Voraussetzung, um bei den Wahlen 2023 zu gewinnen.

Die fehlende Einigkeit in der Partei wurde in der Vergangenheit oft beklagt. Wie stellst du sicher, dass Einigkeit auch tatsächlich gelebt wird?

Wir müssen Themen frühzeitig erkennen und mit den wesentlichen Kräften unserer Partei Positionen erarbeiten, die auf einem breiten Konsens beruhen. Das bildet eine bessere Ausgangslage als ein Verdikt, dem man sich ohne Mitwirkung zu fügen hat. Ebenso wichtig ist die Konzentration auf einige wichtige

Der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Themen. Dann ist es weniger schlimm, wenn es einmal bei nebensächlichen Themen verschiedene Meinungen gibt. Daneben braucht es auch in der parlamentarischen Arbeit viel Führungsarbeit, damit Einigkeit gewährleistet werden kann.

Innerhalb und ausserhalb der FDP haben unzählige Personen eine genaue Vorstellung, wie die FDP zu sein hat. Wie gehst du mit diesen zahlreichen und unterschiedlichsten Erwartungshaltungen um?

Wichtig ist, dass all diesen Stimmen Gehör finden und wir gleichzeitig eine klare Vorstellung haben, was wir wollen. Ich bin mir bewusst, dass man es nie allen recht machen kann. Ich höre oft den Wunsch nach einer FDP mit klaren erkennbaren Positionen. Das ist fast noch wichtiger als die Position an sich. Diesen Wunsch teile ich, aber damit lassen sich nicht alle zufriedenstellen. Wir müssen aber mit klarer Kante kommunizieren.

Zwischen 2010 und 2013 warst du Präsident der FDP Aargau. Gibt es Erfahrungen aus dieser Zeit, die dir auch jetzt nützlich sind? Es war eine schöne Zeit mit tollen Leuten und wir wurden zweitstärkste Partei im Kanton – noch vor den Sozis! Damals habe ich gelernt, dass man als Präsident hinstehen und die eigenen Positionen mutig vertreten muss, um die Leute mitzunehmen. Es darf aber nicht ein Egotrip sein, sondern es braucht die Einbindung aller. Obwohl es auch im Aargau verschiedene Flügel gab, gelang uns ein einheitlicher Auftritt.

In der nationalen Politik jagen sich die Herausforderungen: Abstimmungen, Wahlen, Tagesaktualitäten und Unvorhergesehenes. Wie setzt du hierbei Prioritäten? Das ist in der Tat anspruchsvoll. Genau deshalb braucht es in den Schwerpunktthemen frühzeitige Positionsbezüge, basierend auf unseren Grundwerten, die uns vereinen. Wir müssen lernen, dass wir nicht allein für die Schweiz verantwortlich sind, auch wenn wir natürlich das Beste für unser Land wollen. Wir müssen auf unseren Grundlagen politisieren und auch einmal den Mut aufbringen, uns einem Kompromiss zu entziehen, wenn er von unseren Positionen zu weit entfernt ist. Denn der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Du sprichst die Verantwortung für die Schweiz an. Das wird von der FDP aufgrund der Historie oft erwartet. Unsere Politik ist verantwortungsvoll und liberal. Die Geschichte zeigt, dass liberale Politik erfolgreich ist. Deshalb ist der Liberalismus unsere



Thierry Burkart mit seinen Vizepräsidenten Andrea Caroni, Johanna Gapany, Philippe Nantermod und Andri Silberschmidt (von links).

erste Verpflichtung. Wenn wir Kompromisse eingehen, die zu weit entfernt davon sind, werden wir dem Liberalismus untreu, verlieren an Kontur und die Wählerinnen und Wähler verlieren das Interesse. Wenn ich mich zwischen einem langsamen Sterben in Schönheit und einer erfolgreicher liberalen Partei entscheiden muss, wähle ich definitiv Zweiteres.

Oft wird lieber über die Schwächen der FDP diskutiert. Wo siehst du aktuell die Stärken der Partei?

Unser Problem ist, dass wir selbst zu oft über unsere Schwächen reden. Dabei müssen wir vermehrt darüber reden, was uns stark macht und verbindet. Nämlich das liberale Wertefundament, das so aktuell ist wie seit eh und je. Eigenständigkeit und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft sind zeitlos und dafür stehen wir ein. Ebenso für technologischen Fortschritt und Innovation. Wer, wenn nicht wir kann das gewährleisten? Wenn wir diese Positionen klar vertreten, eint uns das und hebt unsere Stärken hervor. Gerade weil unsere freisinnigen Überzeugungen zeitlos sind, sind wir keine Modepartei. Eine andere grosse Stärke sind die hervorragenden Köpfe in unserer Partei, die schweizweit innovative und vernunftbasierte Ideen einbringen.

Was muss sich noch verbessern? Wir haben eine Schwäche, die zugleich unsere Stärke ist. Die Vielfalt in unserer Partei bringt sehr viele interessante Menschen auf dem liberalen Fundament zusammen. Gleichzeitig ist es eine Schwäche, weil wir zu wenig gut erkennbar sind. Deshalb brauchen wir den Mut, uns auf einen gemeinsamen Weg zu eini-

gen, hinter dem alle stehen und für welchen alle zusammen kämpfen.

Die Kantonalparteien spielen eine wichtige Rolle für die FDP. Wie bindest du sie in deine Strategie ein?

Ich würde noch weitergehen und sagen, in den Kantonalparteien findet die wichtigste Arbeit statt. Die FDP Schweiz ist ohne die Kantonalparteien eine luftleere Hülse. Dort werden Wahlen gewonnen und verloren, und dort findet der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern statt. Diese wichtigste Ebene will ich insbesondere über das Gremium der PPK mitnehmen. Auch bei der Erarbeitung von Positionen will ich sie stärker einbinden und natürlich im Hinblick auf den Wahlkampf.

Du besuchst gerne Schwingfeste und organisierst sie auch. Lässt sich der Schwingsport mit der FDP vergleichen?

Der Schwingsport hat der FDP etwas voraus: Im Sägemehl wird zwar hart gekämpft, doch innerhalb der Schwingerfamilie, zwischen Sportlern und Publikum, herrscht ein enger Zusammenhalt. Dieses Wirgefühl und die Freude an diesen Festen sind allgegenwärtig. Für die FDP wünsche ich mir, dass wir unseren Sinn nicht nur über einzelne Positionen und politische Kämpfe finden, sondern auch Freude am gemeinsamen Politisieren zeigen. Es braucht die Freude am gemeinsamen Austausch und Stolz, dass wir Freisinnige sind.

Hast du einen Lieblingsschwinger? Die Aargauer liegen mir natürlich alle am Herzen, aber an Nick Alpiger habe ich besonders Freude.

Interview: Marco Wölfli

Vorschau Wintersession 2021

Auch in der kalten Jahreszeit wird in Bundesbern hitzig debattiert.

Foto: Katharina Wieland Müller/pixelio.de



Bedeutende Wahlen und wichtige Entscheidungen

Vorschau auf die Wintersession

Die Wintersession ist traditionsgemäss geprägt durch die aufwendige Beratung des Budgets in beiden Räten sowie von wichtigen Wahlgeschäften. In diesem Jahr ist auch Zweiteres für die FDP von grösserer Bedeutung, da voraussichtlich einerseits im Ständerat Thomas Hefti zum Ratspräsidenten und andererseits in der Vereinigten Bundesversammlung der neue Bundespräsident gewählt wird. Gemäss der Rotation ist das für das Jahr 2022 erfreulicherweise Bundesrat Ignazio Cassis vorgesehen.

Inhaltlich ist aber nicht nur das Budget von grosser Bedeutung, sondern es stehen auch viele weitere bedeutende Entscheidungen an in den Bereichen Vorsorge, Klimapolitik und Wirtschaftspolitik.

Vorsorge

Anders als ursprünglich gedacht, konnte die Beratung der AHV21 in der Herbstsession trotz gewisser Dringlichkeit nicht fertigberaten werden. Darum steht nun in der Wintersession die dringliche Differenzbereinigung an. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung der Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Rentenalters einigen, die vor allem Frauen mit den tiefsten Einkommen zugutekommt, die finanziellen Verbesserungen der Angleichung des Rentenalters aber auch nicht gleich wieder zunichtemacht. In der gleichen Session wird auch die wichtige Arbeit für eine Reform der zweiten Säule zum ersten Mal in Angriff genommen. Ebenfalls mit Verzögerung, da die Vorberatung mehr Zeit in An-

spruch nahm als ursprünglich geplant. Wie bei der AHV21 wird im Nationalrat eine bürgerliche Zusammenarbeit entscheidend sein, um neben den eher unbestrittenen Inhalten wie der Senkung des Umwandlungssatzes eine vernünftige Lösung für die Übergangsgenerationen zu finden. Auch hierzu bietet die FDP Hand zugunsten von zielgerichteten Lösungen anstatt Giesskannen-Politik.

Klima

Nachdem in der Volksabstimmung das neue CO₂-Gesetz im Sommer 2021 abgelehnt wurde, konnte bereits im Herbst dank der FDP rasch eine Übergangsgesetzgebung im Nationalrat erarbeitet und verabschiedet werden. Nun geht es auch im Ständerat darum, die heutigen, unbestrittenen Massnahmen im bestehenden CO₂-Gesetz weiterzuführen. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke zu verhindern und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen. Dafür braucht es eine rasche Differenzbereinigung, da das Geschäft in der Wintersession fertigberaten werden muss.

Wirtschaft

Bereits die letzte Session war ein wirtschaftspolitischer Erfolg dank diversen wichtigen verabschiedeten Reformen wie der Abschaffung der Industriezölle. Nun liegt der Fokus auf der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen, die zum ersten Mal in den Ständerat kommt. Wie bereits im Nationalrat braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Parteien, damit diese Reduktion der Abgabenlast zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich verabschiedet werden kann.

Finanzen

Die Covid-Pandemie und ihre finanziellen Folgen sorgten für grosse Unsicherheit. Obwohl das ursprüngliche Budget 2022 erfreuliche Zahlen präsentierte, verhindern die diversen Nachmeldungen zur Bewältigung der Coronakrise leider eine schwarze Null. Trotz des erwarteten Finanzierungsdefizits von rund 1,9 Milliarden Franken wäre es aber falsch, die Grundlagen der heutigen Schweizer Finanzpolitik über Bord zu werfen, da sie uns im internationalen Vergleich eine beneidenswerte Ausgangslage verschafft haben. Die FDP fordert weiterhin die klare Einhaltung der Schuldenbremse. Sie hat sich bewährt und verschafft uns in Krisenzeiten einen grösseren Handlungsspielraum.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Ein Stück Freiheit dank Zertifikat

Ja zum Covid-19-Gesetz

Mit einem Ja am 28. November wählen wir einen verhältnismässigen und vernünftigen Weg aus der Pandemie – insbesondere dank dem Zertifikat. Die Ablehnung des Covid-Gesetzes würde die Rückkehr zur Normalität verlangsamen.

Ungern, aber konkret erinnere ich mich an den Frühling 2020: Im Gleichschritt mit den weltweit steigenden Covid-Fallzahlen mussten innert Kürze sehr einschränkende Schutzmassnahmen verfügt werden, schliesslich der Lockdown. Das gesellschaftliche Leben kam praktisch zum Stillstand, Unternehmen wurden massiv eingeschränkt. Mehrere «Wellen» später verfügen wir über wirksame Impfstoffe und ein international anerkanntes Zertifikat. Es ermöglicht uns, auf Schutzmassnahmen weitgehend zu verzichten. Erst recht gilt das für weitere verheerende Lockdowns.

Zertifikat als Schlüssel zu Freiräumen

Was in der Debatte über die Abstimmung vom 28. November oft vergessen geht: Nach wie vor befinden wir uns in einer anhaltenden Pandemie, grosse Teile der Erdbevölkerung sind noch nicht geimpft und das Virus mutiert weiter. Während in anderen Ländern wieder weitreichende Lockdowns das öf-

fentliche Leben zum Erliegen bringen, können wir «unmaskiert» Sport- und Kulturveranstaltungen und Restaurants besuchen, und wir können international reisen: All das ist möglich – dank dem Covid-Zertifikat! Das Zertifikat öffnet uns Freiräume, die es ohne nicht gäbe.

Verhältnismässiges Vorgehen erforderlich

Durch das Zertifikat ist ein verhältnismässiges und differenziertes Vorgehen zur Vermeidung von Todesfällen, schweren Krankheitsverläufen und einer Überlastung des Gesundheitswesens also erst möglich. Konkret heisst das: Weil Geimpfte, Genesene und Getestete aus epidemiologischer Sicht weitaus weniger ansteckend sind, werden sie mit Zertifikat von einschränkenden Schutzmassnahmen entlastet. Weiter aber gilt: Auch das Zertifikat – respektive die Pflicht zu dessen Verwendung in verschiedenen Lebensbereichen – ist eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die nur

Beat Walti setzt sich für ein Ja zum Covid-Gesetz ein.
Foto: Désirée Dittes

so lange gerechtfertigt ist, wie sie notwendig und verhältnismässig ist.

Unehrlige Missinterpretation der Referendumsführer

Bereits aufgrund des Epidemiengesetzes hat der Bundesrat die Kompetenz, im Falle einer Epidemie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zum Schutz der Bevölkerung einzuschränken. Dabei hat er den Verhältnismässigkeitsgrundsatz zu beachten. Artikel 1a des Covid-Gesetzes ändert daran nichts, im Gegenteil: Er konkretisiert und verdeutlicht diesen Grundsatz noch zusätzlich. Der Bundesrat darf ausdrücklich nicht nur nach epidemiologischen Kriterien agieren, sondern muss wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen bei seinen Entscheiden genauso berücksichtigen. Die Revision des Covid-Gesetzes stellt dem Bundesrat also definitiv keinen «Blankocheck» aus, wie von den Referendumsführern irreführenderweise behauptet wird.

Wegfallende Unterstützungen für Betroffene

Gerade mit dieser Revision des Covid-Gesetzes, über die wir nun abstimmen, stehen zudem auch wichtige wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen auf dem Spiel. Das sind etwa Ansprüche aus der Erwerbsausfallentschädigung (EO) und die Unterstützung von Selbstständigerwerbenden oder auch die wirtschaftliche Unterstützung von besonders betroffenen Kulturschaffenden, Veranstaltern oder die viel diskutierten Härtefallhilfen für Unternehmen. Wer diese Revision des Covid-Gesetzes ablehnt, muss sich auf jeden Fall auch bei anderer Gelegenheit nicht mehr als «Retter» dieser hart getroffenen Betriebe aufspielen.

Aus all diesen Gründen stimme ich am 28. November Ja zum Covid-Gesetz. Zertifikat und weiteres Instrumentarium helfen, auf einem sicheren Weg aus der Pandemie so schnell wie möglich Freiräume zurückzugewinnen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der TWINT App scannen



Betrag und Spende bestätigen





Berechtigtes Anliegen – falscher Weg

Nein zur Pflegeinitiative

Die Pflegeinitiative geht zu weit, schafft einen unschönen Präzedenzfall und führt zu höheren Gesundheitskosten. Sie ist deshalb abzulehnen. Das Parlament hat jedoch den Handlungsbedarf erkannt und ist mit einem eigenen Gegenvorschlag tätig geworden. Wenn die Initiative abgelehnt wird, tritt dieser sofort und automatisch in Kraft. Er ist der bessere und schnellere Weg zur Stärkung der Pflege.

Die Bevölkerung wird älter, der Pflegebedarf steigt, gleichzeitig gehen in den nächsten Jahren die Babyboomer in Pension und es werden vermehrt Fachkräfte fehlen. Dies alles wird den bereits bestehenden Mangel an Pflegepersonal noch verstärken. Handlungsbedarf ist unbestritten. Die gewerkschaftliche Pflegeinitiative ist jedoch der falsche Weg, um eine schnelle und nachhaltige Verbesserung in der Pflege zu erzielen.

Keine Sonderstellung für eine Berufsgruppe

Die Pflegeinitiative will insbesondere Arbeitsbedingungen und Löhne für den Pflegeberuf in der Verfassung festhalten. Dies ist sowohl formell als auch inhaltlich falsch: Denn weder ist die Verfassung dafür der richtige Ort, noch ist es Aufgabe des Bundes, die Löhne einzelner Branchen zu regeln. Vielmehr sind es die Sozialpartner, die in unserem bewährten System miteinander Arbeitsbedingungen und Löhne aushandeln. Eine Übersteuerung mit zentralistischer Regelung durch den Bund wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. Ähnlich lautende Forderungen von anderen Berufsgruppen würden

nicht lange auf sich warten lassen.

Ebenfalls nicht opportun ist es, dass auf Bundesebene definiert wird, was eine «genügende Anzahl Pflegefachpersonen» ist, wie dies die Initiative verlangt. Wer kann wissen, wie sich diese Zahl über die Zeit verändert und in welchen Bereichen welcher Bedarf besteht? Im Gesundheitswesen ist im Moment vieles in Bewegung – richtigerweise. Stichwort ist «ambulant vor stationär», die Umsetzung von Behandlungskonzepten, die einen Spitalaufenthalt nicht mehr nötig machen. Es wird somit pflegerische Unterstützung vermehrt nicht mehr in den Spitälern, sondern allenfalls in der Spitex brauchen. Da macht es keinen Sinn, wenn man auf Bundesebene sogenannte «Nurse-to-Patient-Ratios» für Bereiche definiert, wo sie nicht mehr zur Anwendung kommen.

Noch höhere Krankenkassenprämien?

Initiative und indirekter Gegenvorschlag sehen vor, dass Pflegefachpersonen künftig Leistungen selbstständig, das heisst ohne ärztliche Anordnung, er-

bringen und direkt mit der Krankenversicherung abrechnen können. Diese Kompetenzerweiterung ist sinnvoll, weil sie den Beruf aufwertet und damit attraktiver macht. Allerdings bedeuten mehr Leistungen auch höhere Kosten und damit höhere Krankenkassenprämien. Hier sieht der indirekte Gegenvorschlag einen Kontrollmechanismus vor, der ein übermässiges Kostenwachstum verhindert – die Initiative hingegen nicht. Auch um ein unkontrolliertes Kostenwachstum zu verhindern, ist deshalb die Pflegeinitiative abzulehnen.

Indirekter Gegenvorschlag als bessere Lösung

Wer die Pflegeinitiative ablehnt, sagt aber nicht Nein zum berechtigten Anliegen. Ganz im Gegenteil: Er sagt Ja zum Gegenvorschlag, den das Parlament beschlossen hat und der den Initianten sehr weit entgegenkommt. Er ist vor allem aber unmittelbar anwendbar und bringt genau dort eine Lösung, wo diese dringend ist, nämlich bei der Ausbildung von diplomierten Pflegefachpersonen. Konkret wurden Mittel in der Höhe von einer Milliarde Franken für die nächsten acht Jahre beschlossen, um Ausbildungsplätze zu schaffen und Unterstützung für Studentinnen und Studenten zu leisten. Das sind Anreize, die effektiv etwas bewirken können. Richtigerweise bleibt aber die Verantwortung für die Umsetzung dieser Ausbildungs-offensive bei den Kantonen; sie sind zuständig für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Der indirekte Gegenvorschlag – indirekt, weil er eine Lösung in einem Gesetz vorsieht und nicht in der Verfassung wie die Initiative das verlangt – tritt bei Ablehnung der Initiative sofort in Kraft. Bei einer Annahme der Initiative müsste hingegen vom Parlament ein Umsetzungsgesetz erarbeitet werden. Das dauert mehrere Jahre. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen ein Nein zur Pflegeinitiative. Dies macht den Weg frei für den besseren, schnelleren indirekten Gegenvorschlag.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Bundesrätin Karin Keller-Sutter referierte in Biel zur Justiz-Initiative.
Foto: Désirée Dittes



Keine Lotterie beim Bundesgericht

Nein zur Justiz-Initiative

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Nein zur Justizinitiative ein. Für sie ist klar, dass die richterliche Unabhängigkeit in der Schweiz gewährleistet ist.

Am 28. November stimmen wir über die Justizinitiative ab. Ist die Unabhängigkeit der Schweizer Justiz mit dem aktuellen System gefährdet? Im Gegenteil, das jetzige System funktioniert gut. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist von der Bundesverfassung geschützt. Es gibt keine Hinweise, dass die Richterinnen und Richter nicht unabhängig urteilen würden. Dafür spricht auch das grosse Vertrauen, das die Bevölkerung den Gerichten entgegenbringt. In der jährlich publizierte Studie der ETH Zürich und des Center for Security Studies sowie beim Sorgenbarometer liegen die Gerichte jeweils auf den vordersten Rängen. Das Vertrauen wäre nicht so gross, wenn die Richterinnen und Richter als blosse Parteisoldaten wahrgenommen würden.

Sind Bundesrichterinnen und Bundesrichter in der Schweiz zu stark von den Parteien abhängig? Bundesrichter und Bundesrichterinnen sind nur dem Recht verpflichtet. Das Vertrauen der Bevölkerung und die hohe Akzeptanz der Urteile belegen, dass das nicht nur Theorie ist. Auch das Parlament hat eine hohe Sensibilität für Druckversuche durch die Parteien: Als die SVP ihren Bundesrichter Yves Donzallaz letztes Jahr zur Abwahl empfahl, erzielte er bei seiner Wiederwahl das bessere Resultat als bei seiner ersten Wahl. Dass Richterinnen und Richter Mitglied einer Partei sein müssen, ist im Übrigen nicht gesetzlich vorgeschrieben. Es ist

eine Tradition, die daher rührt, dass man möglichst alle Werthaltungen, Weltanschauungen und politischen Strömungen in der Bevölkerung auch an den Gerichten abbilden will. Die Gerichtskommission hat signalisiert, dass sie auch Kandidaturen von Parteiloseren prüfen will.

Was würde eine Annahme der Justizinitiative für die Schweiz bedeuten? Bundesrichterinnen und Bundesrichter würden künftig nicht mehr in einem transparenten und demokratischen Verfahren durch die Bundesversammlung gewählt, sondern durch das Los bestimmt. Ihre Wahl würde damit dem Zufall überlassen. Vorab würden die Kandidierenden von einer Expertenkommission auf ihre fachliche und persönliche Eignung hin überprüft. Diese Expertenkommission wiederum würde durch den Bundesrat bestimmt. Das bedeutet eine Machtverschiebung weg vom Parlament hin zum Bundesrat und einem Expertengremium.

Wieso ist aus Ihrer Sicht die Bundesversammlung das richtige Wahlgremium? Die Wahl durch die Bundesversammlung führt zu einem demokratisch legitimierten Resultat und zu einer transparenten und repräsentativen Zusammensetzung des höchsten Gerichts. Mit dem aktuellen Wahlsystem ist es auch möglich, Kriterien wie Geschlecht, Sprache und regionale Herkunft zu berücksichtigen. Die

Justizinitiative schreibt lediglich die ausgewogene Vertretung der Amtssprachen vor. Zudem besteht mit dem Losverfahren das Risiko, dass gewisse Parteien, Werthaltungen, Landesteile oder ein Geschlecht am Bundesgericht über längere Zeit stark über- oder untervertreten sind.

Unabhängig von der Justizinitiative: Gibt es Bestrebungen, die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter noch stärker sicherzustellen? Der Bundesrat hat immer gesagt, dass man über gewisse Reformen diskutieren kann. Man darf aber nicht vergessen, dass alle Ansätze in den letzten Jahren politisch chancenlos waren. Aber die Diskussion im Parlament ist im Gang, zum Beispiel über die Zulassung von Parteiloseren oder über die Abschaffung der Abgabe an die Parteien, die Nationalrat Beat Walti angeregt hat.

Die Initianten propagieren das Losverfahren. Wenn es nicht um Justizposten geht: Mögen Sie Lottoziehungen oder Tombolas? Ich spiele nicht. Bei Tombolas mache ich jeweils dann mit, wenn es um einen karitativen Zweck geht.

Interview: Mario Epp

Daran krankt die Justizinitiative

Das Hauptanliegen der Initiative ist zugleich ihre grösste Schwäche: Statt einer demokratischen Wahl durch die Bundesversammlung würde eine obskure Fachkommission über die Zulassung der Kandidaten zu einem Losverfahren entscheiden. Es würde also in einer Lotterie über die Besetzung des obersten Gerichts im Lande entschieden. Die Wahl der Bundesrichter durch die Bundesversammlung – also indirekt durch die Bevölkerung – verleiht ihnen eine starke demokratische Legitimation. Tatsächlichen Korrekturbedarf kann man höchstens bei den Mandatsabgaben ausmachen. Diese können den Anschein der Abhängigkeit der Richter von den Parteien erwecken. Hier setzt eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Beat Walti an, die in der Wintersession behandelt wird.

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Matteo Paolucci führt Suisse Frame seit drei Jahren. Foto: Maxime Jobin



Sie sorgen für den Durchblick

Suisse Frame produziert Schiebetüren

CEO Matteo Paolucci stellt mit zehn Mitarbeitern in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Metall her. Das Unternehmen setzt auf einen hohen Automatisierungsgrad, hohe Kundenorientierung und die «Kraft der Leventina».

In der Leventina wird einem nichts geschenkt. Das Tal mit seinen steilen, bewaldeten Bergen ist in erster Linie Transitachse für den Eisenbahn- und Autoverkehr, der von Norden nach Süden und umgekehrt rollt. Im Winter, wenn es in der Leventina bitterkalt wird, ist es einzig der HC Ambrì-Piotta, der mit Siegen die Herzen der Bevölkerung erwärmt. In dieser herausfordernden Umgebung führt Matteo Paolucci seit drei Jahren Suisse Frame als CEO. Das Unternehmen produziert in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Aluminium. In der 3500 m² grossen Produktionshalle riecht es nach frisch geschnittenem Holz und die CNC-Maschine verrichtet geräuschvoll ihre Arbeit.

Holzpreis als Herausforderung

Paolucci führt das Unternehmen mit gerade einmal zehn Mitarbeitenden, was den hohen Automatisierungsgrad von Suisse Frame verdeutlicht. «Dank unserer einfachen Prozesse ist der Weg vom Auftragsingang bis zum fertigen Produkt kurz», sagt der 33-jährige CEO. Suisse Frame wurde vor fünf Jahren von einer Investorengruppe gegründet. Im ersten Jahr wurden 170 Schiebee-

mente hergestellt, dieses Jahr dürften es knapp 1000 werden. Obwohl die Auftragslage im Jahr 2021 bisher sehr gut war, hatte Suisse Frame mit Herausforderungen zu kämpfen, namentlich dem stark gestiegenen Holzpreis. «Im Frühling kostete ein Lkw mit Holz noch 50000 Franken, mittlerweile sind es 80000 Franken», erzählt Paolucci. Dazu kämen weitere Preissteigerungen von Lieferanten. Ihm bleibe nichts anderes übrig, als diese Zusatzkosten seinen Kunden weiterzugeben. Diese sind in erster Linie Schreinereien, Baufirmen und Generalunternehmer aus der ganzen Schweiz. Rund 90% des Umsatzes erwirtschaftet Paolucci im Inland, mittelfristig möchte er den Exportanteil aber erhöhen. Insbesondere für Spezialanfertigungen sieht er grosses Potenzial für Suisse Frame.

Vom Polymechaniker zum Firmenchef

Paolucci absolvierte ursprünglich eine Ausbildung als Polymechaniker und arbeitete in verschiedenen Industriebetrieben, daneben bildete er sich stetig weiter. Dass er zu Suisse Frame stiess und mittlerweile als CEO amtiert, bezeichnet Paolucci als Verkettung glücklicher Zufälle. Mittlerweile ist die



In der Produktion ist wenig Personal nötig.
Fotos: Marco Wölfli



Die Flügel sind bereit für die Lackierung.

Arbeit bei Suisse Frame für ihn mehr als nur ein Job: «Ich freue mich jeden Tag auf die Arbeit. Alle Beteiligten haben eine Vision, die wir gemeinsam verwirklichen wollen.» Die Konkurrenten von Suisse Frame sind hauptsächlich grosse Fensterbauer, das Tessiner Unternehmen hebt sich von ihnen ab, indem es als schweizweit Einziges sich nur auf Schiebetüren fokussiert. Die grosse Stärke von Suisse Frame, den hohen Automatisierungsgrad, möchte Paolucci noch weiter ausbauen, eine Option sei eine automatische Lackiermaschine.

Schon weiter fortgeschritten sind die Pläne zur Datenerfassung. Paolucci und sein Team implementieren derzeit eine Software, die es den Kunden ermöglicht, die Masse ihres gewünschten Schiebeelementes selbst einzutragen und gleich eine Offerte oder sogar eine Auftragsbestätigung zu erhalten. «Damit vereinfachen wir die Administration und die Kunden erhalten eine direkte Rückmeldung», erklärt Paolucci. Dank stetiger Weiterentwicklung behauptet sich das junge Unternehmen mit dem jungen Chef auf dem Markt und will seinen Wachstumskurs fortsetzen. Übrigens sieht Paolucci Piotta keineswegs als Standortnachteil: «Hier haben wir eine günstige Lage für den Transport in die ganze Schweiz und die frische Bergluft fördert die Konzentration.»

Marco Wölfli

Für Paare, die nicht heiraten wollen, soll es eine «Ehe light» geben.



Alternative zur Ehe

Ein freiheitliches und zeitgemässes Anliegen

Am 26. September 2021 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Abstimmungsvorlage «Ehe für alle» angenommen. Ein längst überfälliger Schritt, für den auch die FDP eingestanden ist. Das eigentliche Ziel, nämlich die Erreichung der Gleichstellung zwischen allen Geschlechtern und die Beseitigung aller Diskriminierung bei der Gestaltung der Lebensgemeinschaft, ist damit aber noch lange nicht erreicht. Aus liberaler Sicht sind flexiblere und freiheitlichere Modelle neben der traditionellen Ehe nötig.

In der Schweiz gibt es neben der Ehe (und bis zur Inkraftsetzung der «Ehe für alle» noch die eingetragene Partnerschaft) kein weiteres Modell einer Lebensgemeinschaft für Paare, das rechtlich institutionalisiert ist. Leben zwei Personen in einem Konkubinat, ist die Beziehung rechtlich kaum abgesichert: Das Regeln der Erbeinsetzung, Altersvorsorge, Pensionskasse, Elternschaft und vieles mehr muss einen zeit- und kostenaufwendigen bürokratischen Prozess durchlaufen. So hat etwa eine langjährige Lebenspartnerin ohne Patientenverfügung nicht das Recht, ihren verunfallten Lebenspartner auf der Intensivstation zu besuchen. Auch

fallen im Konkubinat in den meisten Kantonen erhebliche Schenkungs- und Erbschaftssteuern an. Viele Paare wünschen sich zwar Sicherheit und damit eine Lebensgemeinschaft in einem gewissen formalisierten Rahmen. Gleichzeitig möchten sie sich aber oft nicht dem zivilrechtlichen Institut der Ehe mit all ihren Rechtsfolgen unterwerfen. Ständerat Andrea Caroni hat die Thematik bereits 2015 durch ein Postulat auf die politische Agenda gesetzt (Postulat Nr. 15.3431).

Gerade aus liberaler Sicht ist es zentral, allen Menschen den grösstmöglichen Entfaltungsspiel-



Laura Bircher setzt sich für freiheitliche Lebensmodelle ein.

raum in die Hände zu geben. Das muss auch für die Gestaltung des persönlichen Modells der Lebensgemeinschaft gelten. Die Ehe ist vielen Menschen zu verbindlich, zu einengend oder wird aus finanziellen Gründen abgelehnt, weshalb eine Alternative zur Ehe nötig ist.

Vorbild in Frankreich

Ein Beispiel eines alternativen Modells einer Lebensgemeinschaft finden wir in Frankreich mit dem bereits im Jahr 1999 eingeführten Solidaritätspakt «Pacs». Was ursprünglich als Alternative zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt wurde, erfreut sich mittlerweile mehrheitlich bei heterosexuellen Paaren an Beliebtheit. Das Verfahren ist einfach und schlank. Eine schriftliche Erklärung bei einem Amtsgericht oder Rathaus reicht für den Abschluss und die Auflösung des Solidaritätspaktes aus. Es gibt keine gesetzlich vorgeschriebene mehrjährige Trennungsphase, keine teure Scheidungsverhandlung und kein nahehehlicher Unterhalt. Dafür ein Versprechen der gegenseitigen Solidarität, ein schnelles und unkompliziertes Verfahren und gleichwohl Vorteile bei Erb- und Steuerangelegenheiten wie bei der Ehe. Auch betreffend Besuchs- und Informationsrechte im Krankenhaus sind «Verpacste» den Ehegatten gleichgestellt. Der «Pacs» lässt aber auch Raum für individuelle Gestaltungen, wie beispielsweise bei der Frage des Güterstandes.

Passendes Modell für jedes Paar

Ein solches Modell würde einen zeitgemässen Mittelweg darstellen. Die in den letzten Jahrzehnten durch den gesellschaftlichen Wandel gewachsene Kluft zwischen den Lebensformen und dem Familienrecht wurde mit der «Ehe für alle» etwas entschärft – bleibt aber bestehen. Es ist ein freiheitlicher Gedanke, dass sich Paare ihr Modell der Lebensgemeinschaft frei aussuchen können. Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut.

Laura Bircher

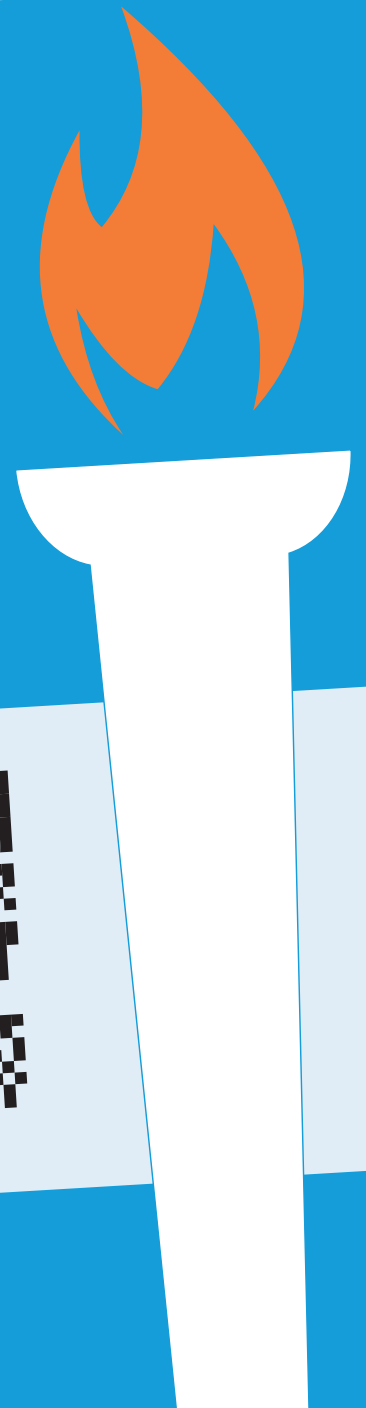
Mentee im Mentoring-Programm, Mitglied des Grossen Gemeinderats Muri b. Bern, Vizepräsidentin FDP Mittelland Nord

Ein Wahlsieg im 2023
fällt uns nicht
in den Schoss!

Entfachen wir
das **liberale Feuer.**



Scann mich!



#teamFDP

FDP
Die Liberalen

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

Revision des Covid-19-Gesetzes



NEIN

Justizinitiative



NEIN

Pflegeinitiative

AGENDA

12. Februar 2022

Delegiertenversammlung

25. Juni 2022

Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022

Delegiertenversammlung

Fraktionsausflug

Fraktionsausflug in den Aargau



Die Nationalräte Beat Walti, Daniela Schneeberger und Petra Gössi im PSI. Foto: Désirée Dittes

Der diesjährige Fraktionsausflug führte die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie zahlreiche Gäste in den Heimatkanton des neuen Parteipräsidenten Thierry Burkart. Die rund 130 Personen besuchten zuerst das Paul-Scherrer-Institut in Villigen, wo sie sich über die dortige Spitzenforschung informierten. Danach begab sich die Gruppe auf Schloss Lenzburg, wo in historischer Ambiance Apéro und Nachtessen stattfanden.

FDP-Sternwanderung

«L'Elisir del Vitta» erobert Thun

Die FDP-Sternwanderung Ende August in Thun bot den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch die Gelegenheit, einen Schluck Tessin zu degustieren. Eine Delegation der FDP Tessin offerierte den anwesenden Freisinnigen einen Grappa namens «L'Elisir del Vitta». Dieser Grappa ist dem Tessiner FDP-Staatsrat Christian Vitta gewidmet, dessen grosse Anstrengungen an der «Front» der Covid-19-Pandemie sehr geschätzt werden. Wer den Grappa aus Tessiner Merlot-Trauben auch versuchen möchte, kann seine Flasche unter info@plrt.ch oder mit dem QR-Code bestellen. Eine Flasche kostet 30 Franken, exkl. Versandkosten.



Von links: Andrea Nava, Sekretär FDP Tessin, Fanny Noghero, Generalsekretärin FDP Schweiz, Petra Gössi, Nationalrätin, Zaira Lazzari, Vorstand FDP Frauen Tessin, Laura Codiroli, Mitarbeiterin FDP Tessin, und Massimo Schira, Kommunikationschef FDP Tessin

Hier können Sie Ihren Grappa bestellen.

A benefico!



Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



AM 28. NOVEMBER **JA**
ZUM COVID
GESETZ

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



FDP
Die Liberalen
